

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 536

Mittwoch, 12. Juni 2013

20. Jahrgang

Das Polochic-Tal: zwei Jahre später

Der folgende Artikel ist den Gemeinden aus dem Polochic-Tal gewidmet, die im März 2011 geräumt wurden, damit das Zuckerrohrunternehmen Chabil Utzaj auf „ihrem“ Land mit dem Anbau von Zuckerrohr und Afrikanischer Ölpalme Geld erwirtschaften kann.

Nun, nach zwei Jahren, leben die betroffenen Gemeinden noch immer in einer instabilen und vor allem notdürftigen Situation. Der von der Kampagne Vamos al Grano (CRECE) verfasste Bericht, sowie kürzlich erschienene Pressemitteilungen und Auszüge aus einem Artikel von Ramón Lobo in Zusammenarbeit mit Oxfam (Guatemala, Una transición requisada) sollen uns helfen, einen genaueren Einblick in die Lebenssituation der vertriebenen Familien zu bekommen.

Die 14 Gemeinden, die vor mehr als zwei Jahren aus dem Polochic-Tal geräumt wurden, warten noch immer darauf, dass Präsident Otto Pérez Molina sein Versprechen erfüllt und ihnen genug Land gibt, um ihre Lebensmittel selbst anzubauen. Das einzige, was bisher aufgrund des Drucks, ausgeübt durch die Organisationen des Volks- und BäuerInnenmarsches, der Kampagne Vamos al Grano (CRECE), der Kampagne für El Polochic und auf internationaler Ebene durch Oxfam, erzielt wurde, war die Verteilung von Notnahrungsmitteln im Mai, die aber, wie man es auch betrachtet, nicht ausreichen, um die verzweifelte Situation zu überstehen.

Das Schicksal der Familie Xub Paau zwei Jahre nach den Räumungen

Das Ehepaar Pablo Xub (71 Jahre) und María Paau gehören zu der Gemeinde Quinich, eine der 14, die 2011 geräumt worden waren.

Don Pablo blickt auf ein Leben zurück, das ganz der Arbeit auf den Fincas des Polochic-Tals gewidmet ist. Erst in der Finca Tinajas, dann 45 Jahre lang in der Finca Santa Rosa, welche an die Gemeinde Quinich angrenzt. 2005, als der ehemalige Besitzer sich bereit erklärte, seine Finca an die Zuckerrohrfirma zu verkaufen, mussten die ArbeiterInnen der Finca, die im Ausgleich für ihre Arbeit ein kleines Stück Land auf dem Hügel erhalten hatten und wo sie ihre Ernten anbauten, die Finca ohne Entschädigung verlassen. Genauso wenig erhielten sie für ihre jahrelange Arbeit einen finanziellen oder materiellen Ausgleich von der Besitzerin. Seit 2008 schon leben sie auf einem Stück Erde, welches ihnen ein Familienangehöriger überlassen hat. Dieser Arbeiter erhielt für seine langen Jahre Arbeit das Land. Diese Geschichte wiederholt sich in all den Fincas, die an die Firma Chabil Utzaj verkauft wurden. Das Unternehmen gehört zu der Korporation SER (Sugar, Energy, Rum), dessen Hauptaktionär die nicaraguanische Gruppe Pellas ist.

Inhaltsverzeichnis

Das Polochic-Tal: zwei Jahre später.....1

Aufrechterhaltung der Schweizer Botschaft in Guatemala.....4

Menschenrechtler Ruben Herrera wieder frei.....4

Präsident unterschreibt Ablehnung der Abtreibung und der homosexuellen Ehe.....5

„Förderung der Frauen“ – mit verbalen Luftblasen und ausländischem Geld.....5

Wiederaufnahme des Ríos-Montt-Prozesses erst im April 2014?.....6

Ex-Präsident Portillo ist an die USA ausgeliefert.....6

CONAP wurde auf Anordnung der Regierung nicht über die Ölausbeutung gefragt.....7

Das Landstück, auf dem Don Pablo und Doña María leben, ist nicht mehr als eine felsige Erhebung, auf der sie ihre ungeschützte und prekäre Behausung gebaut haben. Trotz der Nähe zur Strasse ist der Zugang extrem schwierig aufgrund des steilen Anstiegs und des Gerölls entlang des Weges.

Die meisten der wenigen Grundstücke, die die ehemaligen ArbeiterInnen als Entschädigung erhielten, als die Fincas aufgekauft wurden um die Zuckerrohrplantage zu vergrössern, stellen solch „Grenzländer“ dar. Dieser Ausdruck erscheint übertrieben, ein echter Euphemismus, um die Landstückchen zu qualifizieren, die man in Quinich erhielt: ein Stück Stein, auf denen die Hütten der BewohnerInnen erbaut wurden und der Anbau von Mais unmöglich ist.

Zusammen mit Don Pablo und Doña Maria leben neun weitere Personen dort: eine Tochter, ihr Ehemann, fünf Kinder, eine verwitwete Tochter und ihre zwei Kinder und eine weitere Tochter. Um alle zu ernähren, gehen Don Pablo und sein Schwiegersohn jeden Tag auf die Suche nach Arbeit. Allerdings finden sie keine, entgegen der Werbung des Zuckerrohrunternehmens. Sie verbringen den Tag damit, Ländereien zu säubern und zu jäten, die in weiter Entfernung liegen – für 35 Quetzales (3,50 Euro) pro Tag. Beide zusammen schaffen es nicht einmal ein Mindestlohngehalt zusammenzutragen. (Der Mindestlohn beträgt laut Gesetz seit Januar 2013 71,40 Quetzales, das heisst 2421 Quetzales pro Monat. Aber eigentlich stellt dies eher einen Höchstlohn dar, denn die gezahlten Gehälter liegen im Normalfall unter diesem Wert.) Und wenn sie gar keine Arbeit finden, sammeln sie Holz in der Umgebung um es dann zu verkaufen. Kurz zusammengefasst: 11 Personen leben mit dem, was 9 Dollar entspricht, also 81 Cent pro Person.

Der Hunger zwingt zur erneuten Landbesetzung

Dem Vorschlag des Landwirtschaftsministeriums (MAGA) widerlegend, die geräumten Gemeinden in das Programm zur Landvermietung mit aufzunehmen, gibt es kein Land mehr, das die BäuerInnen vom Polochic-Tal bekommen könnten, auch nicht als Pachtgrundstück. Im Tal existieren nur noch wenige Orte, in denen noch immer Nahrungsmittel angebaut werden: San Vicente La Playa, San Vicente I und Cahaboncito – alles Parzellen, deren Besitzrecht nach dem Panzós-Massaker gesichert wurde.

Am 29. April, also eine Woche nach dem Ende der „Kampagne für Polochic“, in der man 107.671 Unterschriften aus 55 Ländern sammelte, um von der Regierung die Rückgabe des Landes an die Gemeinden zu fordern, verteilten der Vizeminister vom Lebensmittel- und Ernährungssicherheitsministerium, mit Unterstützung des Stadtrates von Panzós, Lebensmittel des World Food Programmes (WFP) an die Mehrheit der 14 Gemeinden, allerdings nicht an alle. Darin enthalten waren ein Zentner Reis, 18 Pfund Bohnen, 18 Pfund Mehl und eine Gallone Öl pro Familie. Die Gemeinde Quinich kam hinunter bis zur Strasse, um die Lebensmittel zu empfangen.

Die AnwohnerInnen, die meisten von ihnen K'eqchi's, erklären mit Trauer, dass sie keinen Mais essen, das Hauptnahrungsmittel in ihrer Kultur und Tradition. Denn, so Enrique Navedo, der Herausgeber der Webseite Plaza Pública, „für die Indigenen ist der Mais nicht nur ein Nahrungsmittel, es stellt ihre Verbindung zur Erde dar, eine religiöse Verpflichtung.“ Weiter zitiert er Miguel Ángel Asturias *Hombres de Mais*: „Man wirft ihnen vor, den Fortschritt zu behindern, sich dem Bergbau, den Monokulturen von Zucker und Ölpalme entgegen zu stellen, aber für sie bedeutet Fortschritt, wenn der Berg so weiter besteht, wie er ist. Es eine andere Art von Leben, eine andere Mentalität.“

Am 16. Mai diesen Jahres beschlossen deshalb die Familien von El Rodeo, eine der vor zwei Jahren geräumten Gemeinden, erneut Land im Tal zu besetzen.

Als die Regierungsinstitutionen 2011 die Familien zählten, um die Massnahmen, zu der die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) sie verpflichtete, zu erfüllen, wurden 67 Familien verzeichnet. Die CIDH entschied am 20. Juni 2011, dass Schutzmassnahmen einzuhalten sind und dazu dienen sollen, die Menschenrechte zu garantieren und die geräumten Gemeinden zu schützen bis sich ihre Situation geregelt hat.

Heute allerdings, im Jahr 2013, gibt die Gemeinde an, dass es 89 Familien sind, die mit der Besetzung für ihr Überleben kämpfen. Schon in der ersten Nacht, nachdem die Mitglieder von El Rodeo ihre Zelte im neu besetzten Land im Tal aufgeschlagen hatten, erschienen mehrere bewaffnete Männer mit einem Pick-up und schossen auf die Leute, um sie einzuschüchtern. Die BäuerInnen sammelten später 43 Patronenhülsen vom Gewehrtyp M-16 auf.

Die Landbesetzung von El Rodeo ist nicht die einzige. Es gibt zwei weitere, die von der Nationalen Indigenen und BäuerInnen Koordination (CONIC) unterstützt werden. Ausserdem fordern sie am Rand der Strasse zwischen El Estor und Panzós ein Stück Land zum Säen.

Hungersnot, Arbeitslosigkeit und das Versprechen der Regierung

Alle wissen es im Polochic-Tal. Der Hunger dauert an und es gibt keine Arbeit. Bald wird der Regen einsetzen und man muss rasch mit dem Anbau von Mais und Bohnen beginnen, wenn man in den Monaten nach September etwas essen möchte. Im Angesicht dieser immensen Unsicherheit bezüglich fehlender Lebensmittel und der wachsenden Hungersnot rechtfertigt sich die Tatsache, dass Familien und ganze Gemeinden versuchen, schnell ihre Saat auf das Feld zu bringen um sich zu ernähren, auch wenn sie dadurch das Ziel von Bedrohungen, Einschüchterungen und Angriffen werden. Die guatemaltekischen Ministerien und andere Institutionen, die für die Bekämpfung von Hunger und Unterernährung verantwortlich sind, müssen handeln, und zwar schnell und effektiv. Aber vor allem ist es unbedingt notwendig, dass die Regierung von Präsident Pérez Molina ihr Versprechen aus dem Jahr 2011 erfüllt, das besagt, dass den geräumten Gemeinden Land zugesprochen wird. Dies stellt ohne Zweifel die sinnvollste Massnahme dar – und die gerechteste – um den Gemeinden den Anbau von Lebensmitteln und somit ihr Überleben garantieren zu können. Allerdings steht die Einlösung des Versprechens aus und wird noch immer von den BäuerInnen aus dem Polochic-Tal reklamiert.

So geschah es, dass Ende Mai 2013 die K'eqchi' Gemeinden aus dem Polochic-Tal die UnternehmerInnen und GrundbesitzerInnen der Region im Departement Alta Verapaz anzeigten. Sie gaben an, Opfer von Einschüchterungen und Morddrohungen zu sein, während gewalttätige Räumungen ohne Gerichtsbeschluss vorgenommen werden. Laut einer Pressemitteilung, die das Komitee der Bäuerlichen Einheit (CUC) veröffentlichte, wurden fünf Bauern am 25. Mai bei der illegalen Räumung der Gemeinde El Rodeo durch Gewehrschüsse verschiedener Kaliber verletzt. Bei dieser gewaltsamen Räumung waren etwa 100 Sicherheitsleute der Firma Chabil Utzaj zugegen. Der Räumungsversuch begann um sechs Uhr morgens. Die verletzten Personen brachte man anschliessend ins örtliche Krankenhaus, wo sie behandelt wurden. Esteban Hermelindo vom CUC macht die Zuckerrohrfirma dafür verantwortlich.

Es ist klar, dass die Konfliktsituation um Land im Polochic-Tal sich seit der Colom-Regierung zugespitzt hat. Seit dem Jahr 2011 werden Auseinandersetzungen zwischen dem Zuckerrohriganten, dessen vermeintlichen Arbeitern und den AnwohnerInnen in der Region verzeichnet. Ein trauriges Beispiel für die Gewaltanwendung ist der Zusammenstoss in der Finca El Sauce. Dabei starb Óscar Reyes, 34 Jahre alt. Je 50 Sicherheitswachmänner und Patrouillen erschienen, um die mehr als 90 Familien zu räumen. Die meisten der betroffenen Personen waren ältere Leute, die von ihrer Arbeit zurückkehrten. Es wurde geschossen, ohne darauf zu achten, wen es treffen könnte. Die Räumung wurde nicht zu Ende gebracht und die Familien befinden sich noch immer in den Fincas, da die vermeintlichen Besitzer des betroffenen Terrains selbst nur Mieter sind. Der Eigentümer ist unauffindbar, was es erschwert, die Besitztümer zu verkaufen. Der CUC macht die Regierung und die fehlende Einhaltung ihrer Versprechen für das Konfliktpotenzial und die Situation, in der 700 Familien leben, verantwortlich.

Auch bestehen rechtliche Widersprüche, schreibt Ramón Lobo. So sei laut guatemaltekischen Gesetz jegliches Land, welches vom Fluss aus 100 Meter landeinwärts liegt, öffentliches Gelände. Trotzdem liess der Zuckerrohrigant dort mit schweren Maschinen räumen und zerstörte die Mais- und Bohnenfelder zwei Wochen vor Erntebeginn. Doch niemand zeigt die Gruppe Pellas an, da es kein Vertrauen in ein Land ohne Kataster und Landgerichte gibt und wo eine Straffreiheit von 97% bei Morden herrscht.

Die traditionellen, strukturellen Probleme des Landes (Landproblematik, Straffreiheit, Rassismus) und der fehlende gute Wille von Seiten der Regierungsinstitutionen lassen eine Lösung des Polochic-Tal-Konflikts in weite Ferne rücken.

Aufrechterhaltung der Schweizer Botschaft in Guatemala

Bern/Schweiz, 6. Juni. Das Parlament hat die Motion [*Antrag, d.Red.*] „Aufrechterhaltung der Schweizer Botschaft in Guatemala“ überwiesen und den Bundesrat beauftragt, die Botschaft in Guatemala nicht zu schliessen. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) wird deshalb dem Bundesrat beantragen, diesen Beschluss umzusetzen. Das EDA hatte die Schliessung der Botschaft beschlossen, um den Sparauftrag des Parlaments umzusetzen. Bei der Erhaltung der Botschaft in Guatemala wird darauf geachtet, mögliche Synergien optimal zu nutzen. Die mit der Schliessung der Schweizer Vertretung angestrebten Sparziele können jedoch nicht wie vorgesehen verwirklicht werden. Die Ausgestaltung des schweizerischen Aussennetzes [*also Auslandsvertretungen etc., d.Red.*] wird laufend überprüft, damit die Interessen der Schweiz gemäss der aussenpolitischen Strategie und unter Berücksichtigung der internationalen Entwicklungen mit den vorhandenen Mitteln möglichst optimal gewahrt werden können. Das EDA bemüht sich, mit Effizienzgewinnen die nötigen Mittel freizusetzen, um neue Bedürfnisse, die sich im Aussennetz abzeichnen, zu erfüllen. Es versucht, die Schliessung von Vertretungen so weit wie möglich zu vermeiden, aber je nach Entwicklung des Bundeshaushalts können solche Schliessungen nicht ausgeschlossen werden.

Vor diesem Hintergrund hatte der Bundesrat die Schliessung der schweizerischen Botschaft in Guatemala im Rahmen der Aufgabenüberprüfung des Bundes (Massnahme "Optimierung des schweizerischen Aussennetzes") sowie der Botschaft zum Bundesgesetz über das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014 beschlossen. Sie war eine der zahlreichen Synergiemassnahmen, die zur Erreichung der angestrebten Einsparungen notwendig sind. Die Massnahme wurde vom Bundesrat nach einer sorgfältigen Abwägung der möglichen Auswirkungen beschlossen.

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates hat am 20. November 2012 eine Motion zur Beibehaltung der Schweizer Botschaft in Guatemala eingereicht. Im Rahmen der Sondersession im April 2013 hat der Nationalrat diese Motion mit grosser Mehrheit angenommen. Der Ständerat ist dem Entscheid des Nationalrates am 6. Juni 2013 gefolgt. Die Motion gilt somit als überwiesen.

Im Rahmen der parlamentarischen Debatten hat Bundesrat Didier Burkhalter darauf hingewiesen, dass eine Aufrechterhaltung der Schweizer Botschaft in Guatemala ohne zusätzliche Mittel bedeutet, dass die - auch vom Parlament geforderten - Sparziele nicht eingehalten werden können. (<http://www.eda.admin.ch/eda/de/home/recent/media.html>)

Menschenrechtler Ruben Herrera wieder frei

Guatemala, 30. Mai. Ein Gericht in Guatemala-Stadt entschied, Ruben Artemio Herrera, Gemeindeanführer und Leiter der Versammlung der Völker von Huehuetenango (ADH) sowie Mitglied des Rates der Völker des Westens (CPO), freizulassen.

„Ruben Herrera wurde willkürlich von Polizeikräften festgenommen und zwei Monate lang inhaftiert. Er wurde des Einbruchs, Drohungen, Entführung, illegaler Festnahme, Anstiftung zum Verbrechen, Terrorismus, Brandstiftung, Erpressung, Tätigkeiten gegen die innere Sicherheit der Nation angeklagt. All dies auf Wunsch der galizischen Firma Hidro Santa Cruz, die in Santa Cruz Barillas, Departement Huehuetenango, ein umstrittenes Wasserkraftwerk baut. Die Energie allerdings, die dadurch erzeugt wird, werde weder Santa Cruz Barillas noch Huehuetenango zu Gute kommen.“ All dies erklärte Cecilia Mérida, Ehefrau von Ruben Herrera. Weiterhin sei sie dankbar für die Solidarität aus der Bevölkerung und von den nationalen und internationalen Organisationen, die die Freilassung von Ruben unterstützt haben.

Manuel Vail vom Rat der Maya Mam und Mitglied der CPO gab an, dass der Urteilsspruch gerecht sei und dem Gesetz entspreche. Auch wurde damit klar gestellt, dass Ruben Herrera ein politischer Gefangener war und aufgrund seines Kampfes für die Verteidigung der Mutter Erde, des Rechts auf Volksabstimmung, der Menschenrechte und der kollektiven Rechte der Maya-Völker verhaftet wurde. Ebenfalls wurde die Tatsache publik gemacht, dass die Regierung das Übereinkommen 169 der ILO nicht einhält und die Rechte von ganz Guatemala verletzt, da wirtschaftliche Interessen Vorrang haben. (Periodismo Mam ,COORDINACION CPO, <http://consejodepueblosdeoccidente.blogspot.com/>)

Präsident unterschreibt Ablehnung der Abtreibung und der homosexuellen Ehe

Guatemala-Stadt, 8. Juni. Am Samstag, dem 8. Juni, bestärkte Präsident Otto Pérez Molina seine Ablehnung gegenüber legalen Abtreibungen und gleichgeschlechtlichen Ehen. Aus diesem Grund lehnte er es ab, zwei der Abkommen, die die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) bei ihrer 43. Versammlung letzte Woche in Antigua Guatemala beschloss, zu ratifizieren.

Für Pérez Molina „ist die Grundsäule der guatemalteckischen Gesellschaft die Familie und wir werden die Werte und die Ethik, die in unserer Verfassung verankert sind, respektieren“. Er wird bei seiner Initiative von mehr als 40 Organisationen unterstützt, die ebenfalls gegen Abtreibung sind. Dankend begrüßten sie die „Stärke des Herrn Präsidenten“.

Eine Pressemitteilung von mehr als 42 Organisationen drückte deren Zustimmung aus: „Wir sind gegen jede Form von Diskriminierung. Aber wir können dabei nicht erlauben, dass unter diesem Vorwand internationale Normen über vermeintliche Rechte akzeptiert werden, die Personen mit solchem homosexuellen Verhalten einfordern.“ Auch sei es ausreichend, dass die Verfassung die Nicht-Diskriminierung garantiere. Man müsse nicht noch extra internationale Abkommen unterschreiben.

In Guatemala ist die Abtreibung per Gesetz verboten. Die Abkommen, die nun die 43. Versammlung der OAS im Rahmen der Bekämpfung von Rassismus, Diskriminierung und Intoleranz beschloss, hätten den Weg öffnen können, um homosexuelle Ehen und legale Abtreibungen zu erlauben, so Repräsentanten der Zivilgesellschaft.

Obwohl keine offiziellen Daten existieren, schätzt man, dass jährlich mehr als 60.000 Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren heimlich eine Abtreibung vornehmen lassen. Womit sie ihr Leben riskieren.

„Förderung der Frauen“ – mit verbalen Luftblasen und ausländischem Geld

Guatemala Stadt, 24. Mai. Die Zahlen sind bestürzend. Im ersten Quartal 2013 registrierte das Gesundheitsministerium 223 Mädchen zwischen 10 und 14 Jahren, die schwanger waren – und zwar aufgrund von sexueller Gewalt. Daraufhin erklärten Regierungsstellen, dass sie die Frauenförderung beschleunigt vorantreiben würden.

Mirna Montenegro, Generalsekretärin der „Monitoringstelle für reproduktive Gesundheit“ (Osar) wies darauf hin, dass im vergangenen Jahr mehr als 3.000 Schwangere im Alter zwischen 10 und 14 gezählt worden seien. Davon seien 1.800 als Folge von sexueller Gewalt angezeigt worden, allerdings wurden bis heute nur 50 Festnahmen vorgenommen.

Nach Angaben von Montenegro sind die Departments Petén, Jutiapa, Huehuetenango und Alta Verapaz diejenigen mit den meisten Fällen. „Es gibt einige Zahlen, die nicht mitgerechnet wurden, weil die Minderjährigen in ihren Häusern behandelt wurden und nicht von medizinischen Diensten“, sagte sie.

Die Vizepräsidentin, Roxana Baldetti, teilte mit, dass sie die Frauenförderung in den nächsten 60 Tagen mit der Hilfe internationaler Kooperationspartner vorantreiben werde, um die Situation der Frauen zu verbessern. Ihr diesbezüglicher Politikansatz habe 13 Eckpunkte, darunter die wirtschaftliche und produktive Entwicklung, Rassismus und Diskriminierung, integrale Gleichberechtigung, integrale Gesundheit, kulturelle Identität, juristische Gleichberechtigung und gleiche Bildungschancen. Laut Baldetti ist eines der Ziele, im kommenden Haushalt finanzielle Mittel im Bereich der Themen Gender und Frauen einzustellen. „Wir möchten fünf Aktivitäten mittelfristig angehen, um die hohe Zahl der Gewalttaten zu senken.“

Leonor Calderón von der UN-Frauenorganisation sagte, dass alle Kooperationspartner, die in Guatemala präsent sind, das Thema der Gleichberechtigung der Frauen mit höchster Priorität bearbeiten würden.

Eine dieser internationalen Kooperationspartner ist Plan International. Deren Vertreterin, Debora Cobar informierte die Presse darüber, dass ihre Organisation eine Vereinbarung mit dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen unterzeichnet habe, um mit den Heranwachsenden in der Prävention der ungewollten Schwangerschaften und der sexuellen und reproduktiven Gesundheitsvorsorge zu arbeiten. (siglo 21)

Wiederaufnahme des Ríos-Montt-Prozesses erst im April 2014?

Guatemala, 5. Juni - Das Tribunal B, das diesen Dienstag durch ein Appellationsgericht mit der Fortsetzung des Ríos-Montt-Prozesses betraut wurde, entschied heute, dass die mündliche und öffentliche Verhandlung nicht vor April 2014 stattfinden werde. Dies teilte eine Quelle aus der Justiz JournalistInnen mit. Als Begründung nannte das Tribunal, dass es noch mindestens 26 weitere Fälle vor dem Fall Ríos Montt zu bearbeiten habe, u.a. das Verfahren gegen den ehemaligen Direktor des militärischen Geheimdienstes, General a.D., José Rodríguez.

Die mündliche und öffentliche Verhandlung würde durch die Richterin Janeth Valdéz geleitet und die Beisitzerinnen seien Sara Yoc und María Castellanos. Zuvor waren gegen die beiden Militärs von der Ersten Gerichtskammer A unter Jazmín Barrios, Patricia Bustamante und Pablo Xitimul verhandelt worden. Diese haben sich von dem Fall zurückgezogen, nachdem das Verfassungsgericht deren Urteil vom 10. Mai, in dem sie Ríos Montt zu 80 Jahren Haft verurteilt, Rodríguez aber aus Mangel an Beweisen freigesprochen hatten, aufgehoben hat.

Inzwischen erklärte Francisco Palomo, einer der Anwälte der pensionierten Militärs, dass er vor dem Verfassungsgericht darauf dränge, dass die beiden in den Genuss einer Amnestie kommen sollen. Palomo begründete seinen Antrag vor JournalistInnen damit, dass die 'normalen' Gerichtskammern nicht über die Fälle entscheiden könnten, ohne dass ein Appellationsgericht darüber entschieden habe. Er veröffentlichte diese Erklärung, nachdem der Oberste Gerichtshof (CSJ) zwei entsprechende Anträge abgewiesen hatte. Laut Nachrichtenagentur EFE, tat er dies, weil die Delikte des Genozids und der Kriegsversprechen, die Ríos Montt und Rodríguez vorgeworfen worden waren, nicht im Gesetz für Nationale Versöhnung von 1986 enthalten seien. Auf dieses Gesetz hatten sich die Militäranwälte berufen. Bis zum Beginn des Prozesses werde Ríos Montt ein freier Mann sein, sagte sein Anwalt Francisco García Gudiel gegenüber der Zeitung „El Periódico“.

Die Berliner Tageszeitung *taz* berichtete, dass fünf Friedensnobelpreisträgerinnen unter der Führung der Guatemaltekin Rigoberta Menchú die Aufhebung des Urteils in einer gemeinsamen Erklärung kritisierten. „Die jüngsten Ereignisse in Guatemala sind ein Schlag ins Gesicht der Opfer dieser schrecklichen Verbrechen“, sagte die US-Aktivistin Jody Williams. Die Erklärung wurde zudem von der iranischen Anwältin Shirin Ebadi, der nordirischen Friedensaktivistin Mairead Maguire und der liberianischen Bürgerrechtlerin Leymah Gbowee unterzeichnet.

Ex-Präsident Portillo ist an die USA ausgeliefert

New York/USA, 24. Mai. Der ehemalige guatemaltekeische Präsident Alfonso Portillo wurde am 24. Mai in die USA ausgeliefert und erwartet dort in Untersuchungshaft seinen Prozess wegen Beihilfe zur Geldwäsche von 70 Millionen US-Dollar. Der 61-jährige Portillo ist damit der erste ehemalige Präsident aus einem lateinamerikanischen Land, der in den USA vor Gericht gebracht wird. Laut einer Pressemeldung des guatemaltekeischen Konsulats in New York, wurde Portillo zunächst in ein Krankenhaus gebracht, wo er eine medizinische Routineuntersuchung erhielt, und anschliessend – da keine gesundheitliche Probleme festgestellt wurden – in das Untersuchungsgefängnis im Süden von Manhattan transportiert. Weiterhin sagte die genannte Pressemitteilung, dass der Konsul Óscar Padilla das Gefängnis und damit den Ex-Präsidenten besucht, allerdings nicht mit ihm geredet habe.

Der Generalstaatsanwalt Preet Bharara wirft Portillo Verschwörung zur Geldwäsche in Höhe von 70 Millionen US-Dollar aus Bankbeständen der USA vor, von denen 1,5 Mio. US-\$ von Taiwan für Kinderprojekte gespendet worden seien. Falls Portillo schuldig gesprochen würde, droht ihm laut US-Strafgesetzen eine Höchststrafe von 20 Jahren Gefängnis. Der guatemaltekeische Aussenminister, Fernando Carrera, sagte, dass der Konsul am 27. Mai erneut das Untersuchungsgefängnis besuchen werde, um die aktuellen Umstände, in denen sich der Ex-Präsident befindet, aufzuklären. Portillo stand schon in Guatemala vor einem nationalen Gericht und wurde aber von dem Vorwurf der Unterschlagung öffentlicher Gelder freigesprochen. Dabei ging es um die mutmassliche Veruntreuung von 120 Millionen Quetzales (ca. 12 Mio. €) aus dem Haushalt des Verteidigungsministeriums.

CONAP wurde auf Anordnung der Regierung nicht über die Ölausbeutung gefragt

Guatemala Stadt, 27. Mai. Der Vorsitzende des Kongressausschusses für Rechtschaffenheit, Amilcar Pop, machte öffentlich, dass das Generalsekretariat des Präsidenten einen Brief an den Nationalen Rat der Naturschutzgebiete (Conap) gesandt habe, dass dieser keine Gutachten über die Angebote der Unternehmen, die an einer Ausbeutung neuer Ölfelder im Petén interessiert sind, verfassen dürfe, sondern alle Dokumente vorab zurücksenden müsse. Laut Pop habe das Präsidialamt jedoch gar keine Befugnis, solche Anordnungen gegenüber der Conap zu treffen. Conap habe bereits gemeinsam mit dem Generalprokurat der Nation (PGN) eine Entscheidungsvorlage über die 15 Angebote verfasst. Das Präsidialamt hätte kein Recht gehabt, in diesen Prozess der Konzessionsvergabe einzugreifen, da eben diese zwei für die Evaluierung der Angebote zuständig seien, um herauszufinden, ob sie angenommen werden können oder ob sie den Naturschutzgebieten im Petén Schaden zufügten.

Sowohl Conap wie PGN wiesen darauf hin, dass es noch keinerlei Entscheidung bezüglich der Angebote gebe. Das Umweltministerium erklärte, dass man gar nicht in den Prozess eingreifen könne, da deren Mitwirkung sich nur dann ergebe, wenn die Konzessionsgebiete bereits vergeben seien und nach den entsprechenden Verträgen das Werkzeug bestimmt werde, das die Umweltverträglichkeitsstudien verfasse, die dem Unternehmen die Exploration im Land ermögliche.

Pop versicherte, dass er und seine KollegInnen in der Kommission Untersuchungen anstellen werden, da er die Aktion des Präsidialamtes als "illegale Anweisung" ansehe und zugleich jegliche Transparenz in dem Konzessionsverfahren unterminiere. „Dubiosen Geschäften“ werde damit Tür und Tor geöffnet. Auf seine kritische diesbezügliche Anfrage an das Präsidialamt, erhielt er keine Antwort. Schliesslich kritisierte er, dass die 15 Angebote nicht auf dem Kaufportal der Regierung aufgeführt seien, sondern direkt an das Energie- und Bergbauministerium gegangen (MEM) seien. Dessen Vizeminister, José Miguel de la Vega, erklärte demgegenüber, dass alles legal sei, da das Vorgehen nach Artikel 20 des Gesetzes über Kohlenwasserstoff erlaubt sei. (La Hora)

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com
Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg
Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V., Jahresabonnement 50.-€

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6